

Memorandum des Runden Tisches
„Politische Bildung im Zeitalter der Digitalen Transformation“
in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing
am 14. Februar 2019
Stand: 18. Februar 2019

Die Digitale Transformation ist in vollem Gange. Der damit verbundene Umbruch in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ist eine der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Es ist ein offener Prozess, der aktiv politisch gestaltet werden kann und muss – mit Folgen für alle Schularten und alle -fächer.

Die Unterzeichnenden begrüßen die Absichtserklärung der Staatsregierung, in den bayerischen Schulen neben der Politischen Bildung auch die Digitale Bildung zum Schwerpunkt zu machen. Dabei geht es nicht darum, Fächer gegeneinander auszuspielen oder die Informatik zu schwächen. Ziel muss die Kooperation sein.

Digitale Bildung darf aber nicht allein in den Fächern Informatik und Mathematik behandelt werden und sich nur auf technische Aspekte beziehen. Vielmehr muss Digitale Bildung in der Kombination mit Politischer Bildung die gesellschaftspolitischen, ökonomischen und ethischen Aspekte der Digitalen Transformation einbeziehen. Dazu muss – ebenso wie bei Politischer Bildung – das fächerübergreifende Prinzip gelten. Das Ziel ist die Befähigung zur kritisch-reflexiven Auseinandersetzung mit den Ursachen sowie den Folgen der Digitalen Transformation.

Einer so verstandenen digitalen Medienkompetenz kommt eine Schlüsselrolle als Teil von Demokratiekompetenz zu. Gefragt sind ein zeitgemäßes medienkundliches Wissen, die Befähigung zum Umgang mit digitalen Medien, Mediengestaltung und medienkritisches Denken. Für die Einordnung und kritische Bewertung von netzbasierten Informationen bedarf es zudem mehr denn je eines strukturierteren politischen Grund-, Orientierungs- und auch Methodenwissens.

Die Kombination aus fächerübergreifender Politischer und Digitaler Bildung muss die Bedeutung von Künstlicher Intelligenz, Algorithmen, „social bots“ und Big Data für die Qualität politischer Kommunikation und ihre Bedeutung für die Meinungs- und Willensbildung im demokratischen Staat in den Blick nehmen. Sie stellt die unverzichtbare Reaktion auf Echokammern und Filterblasen dar, in denen Nutzer nur noch Inhalte wahrnehmen, die ihren Einstellungen entsprechen und die zur Polarisierung und Radikalisierung der Gesellschaft beitragen. Sie sensibilisiert für die Folgen wirtschaftlicher Machtkonzentration bei wenigen Internetkonzernen und betont das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Die Schulen benötigen einen staatlich gewährleisteten Rechtsrahmen, in dem digitale Werkzeuge und Lernmittel erprobt werden können. Datenschutz, Persönlichkeits- und Urheberrechte müssen beachtet werden.

Digitale und Politische Bildung brauchen in der Lehreraus- und fortbildung eine aufeinander bezogene Ausrichtung. Die diesbezüglichen Bemühungen der ALP Dillingen sind zu begrüßen. Dazu müssen flankierende, niedrigschwellige Fortbildungsangebote im Bereich digitaler Medienpädagogik kommen (z.B. SchILF). Es muss sichergestellt werden, dass die Fortbildung auf diesem Gebiet nicht allein der Eigeninitiative der Lehrkräfte überlassen wird und entsprechende Maßnahmen nicht weitgehend in der Freizeit absolviert werden.

Digitale Bildung in den Schulen ist nicht auf die Bereitstellung einer technischen Infrastruktur incl. Hardware und Breitbandanschluss zu reduzieren. Im Mittelpunkt des Unterrichts steht weiterhin die kompetente Lehrerpersönlichkeit als Vorbild für die Schülerinnen und Schüler – gerade auch was die ethischen Maßstäbe bei der Nutzung digitaler Medien angeht.

Die Nachhaltigkeit aller technischen, finanziellen und pädagogischen Initiativen und Maßnahmen ist zu gewährleisten.